

A 8-K-107/2004-4  
Kanalsanierung Algersdorf Rest, BA 35,  
Annahme des Förderungsvertrages  
des Bundesministeriums für Land- und  
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
für eine Förderung im Nominale von €236.199,--

Graz, am  
Voranschlags-, Finanz- und  
Liegenschaftsausschuss:  
BerichterstellerIn:  
.....

## **B e r i c h t a n d e n G e m e i n d e r a t**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 16.9.2004, GZ.: A 8-8/2004-33, die Projektgenehmigung „Kanalsanierung Algersdorf Rest, BA 35“ mit Gesamtkosten in Höhe von €2.200.000,-- , davon ca. €2.100.000,-- förderfähig, beschlossen.

Die entsprechenden Förderungsansuchen wurden mit Schreiben vom 16.12.2004, GZ.: A 8-K 107/2004-1, im Wege über das Amt der Steiermärkischen Landesregierung an die Kommunalkredit Public Consulting GmbH übermittelt.

Das Projekt der Stadt Graz wurde in der 39. Sitzung der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft am 29.6.2005 vorgelegt und positiv beurteilt.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., 1092 Wien, Türkenstraße 9, hat der Stadt Graz unter Antragsnummer A500162 vom 13.7.2005 einen Förderungsvertrag unterbreitet, der im Wesentlichen Folgendes beinhaltet:

### 1. Gegenstand der Förderung:

PABA BA 35 Algersdorf Rest – Katalog vom 16.12.2004

Die Funktionsfähigkeitsfrist wurde mit 31.12.2006 und die Endabrechnungsfrist mit 31.12.2008 festgesetzt. Grundlage für die Förderungsentscheidung bilden die mit dem Förderungsansuchen vorgelegten Unterlagen gemäß § 7 der Förderungsrichtlinien.

### 2. Art und Höhe der Förderung:

Für das beschriebene Vorhaben beträgt der Fördersatz 8 % der förderbaren Investitionskosten von €2.100.000,-- addiert um eine vorläufige Pauschalförderung von €68.199,--, somit eine Gesamtförderung im vorläufigen Nominale von €236.199,--.

### 3. Auszahlungsbedingungen:

Die Auszahlung der Förderung in Form von Bauphasen- und Finanzierungszuschüssen erfolgt nach dem vorläufigen Zuschussplan.

a) Der erste Bauphasenzuschuss wird nach Vorlage eines Rechnungsnachweises über zumindest 25% der förderbaren Investitionskosten ausbezahlt. Die weiteren Bauphasenzuschüsse werden dann gemäß dem Zuschussplan ausbezahlt.

b) Der erste Finanzierungszuschuss wird nach Vorlage eines Rechnungsnachweises mit gleichzeitiger Funktionsfähigkeitsmeldung ausbezahlt. Die weiteren Finanzierungszuschüsse werden dann automatisch gemäß dem Zuschussplan ausbezahlt. Erfolgt die Anforderung des ersten Finanzierungszuschusses nicht rechtzeitig, werden zwei weitere Bauphasenzuschüsse in Höhe des letztvorangegangenen ausbezahlt, danach ruht die Förderung. Etwaige Restarbeiten sind nur dann förderfähig, wenn sie innerhalb der Fertigstellungsfrist durchgeführt werden.

c) Der Nominalbetrag der Forderung wird gemäß Förderungsrichtlinien § 9 Abs. 1 mit einem Zinssatz von 3,28% verzinst. Die Verzinsung beginnt mit dem nächsten 1.7. oder 1.1., welcher der Kommissionsempfehlung folgt.

d) Die Endabrechnungsunterlagen sind spätestens ein Jahr nach Fertigstellung der Maßnahme dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen. Nach Überprüfung dieser Unterlagen und Durchführung der Kollaudierung werden die Endabrechnungsunterlagen an die Kommunalkredit weitergeleitet, welche die Endabrechnung vornimmt. Aufgrund dieser Endabrechnung wird dann der endgültige Zuschussplan erstellt, der bis zum Ende der Laufzeit der Förderung unverändert bleibt.

Für die Realisierung des vorliegenden Projektes kann nunmehr von folgender Finanzierung ausgegangen werden:

Anschlussgebühren:	€	0,--
Eigenmittel:	€	1.706.301,--
Bundesförderung	€	236.199,--
Landesmittel:	€	<u>157.500,--</u>
Gesamtsumme	€	<u>2.100.000,--</u>

Im Sinne der obigen Ausführungen stellt der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss daher den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die

Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer A500162 vom 13.7.2005, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von €236.199,-- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Bearbeiter:

(Walter Steiger)

Der Abteilungsvorstand

(Mag. Dr. Karl Kamper)

Der Finanzreferent:

(Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler)

Angenommen in der Sitzung des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses am

.....

Die Vorsitzende:

Die Schriftführerin: